



## Mitteilung - zur Kenntnisnahme -

### über europäische Schule Berlin

- Drsn Nr. 12/194 und Nr. 12/763 -

Der Senat legt nachstehende Mitteilung dem Abgeordnetenhaus zur Besprechung vor:

Das Abgeordnetenhaus hat in seiner Sitzung am 14. November 1991 folgendes beschlossen:

Der Senat wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit der Initiativgruppe für eine europäische Schule Berlin ein Konzept zu entwickeln, nach dem eine solche Schule geplant und realisiert werden kann, und dazu unverzüglich eine Planungsgruppe einzurichten. Darin einzubeziehen sind auch Überlegungen zu einem Schulstandort, der möglichst im Zentrum Berlins liegen sollte.

Ein Bericht dazu soll bis zum 30. November 1991 vorliegen.

Hierzu wird berichtet:

Bei der Senatsverwaltung für Schule, Berufsbildung und Sport ist auftragsgemäß eine Planungsgruppe eingerichtet worden, die mittlerweile mehrfach getagt hat.

Neben Fachleuten der Senatsschulverwaltung gehören ihr auch u. a. Experten aus verschiedenen Berliner Stadtbezirken sowie der „Initiativgruppe für eine europäische Schule Berlin“ der Europa Union Berlin e. V. an. Die in der Planungsgruppe angedachten Inhalte und Strukturen werden in verschiedenen Arbeitsgruppen konkretisiert. Auch diese Arbeitsgruppen haben bereits mehrmals getagt. Erste Ergebnisse der Beratungen in den Arbeitsgruppen werden auf den in kurzer Folge stattfindenden Sitzungen der Planungsgruppe weiterbehandelt.

Geplant ist, möglichst schon zu Beginn des Schuljahres 1992/93 an bestehenden Grundschulen „zweisprachige Züge“ einzurichten. Hierbei ist zunächst daran gedacht, in Berlin oder anderenorts bewährte Modelle, z. B. die Regelungen der John-F.-Kennedy-Schule, der Alt-Schmargendorf-Grundschule usw., zu prüfen und gegebenenfalls auf die o. g. einzurichtenden Züge zu übertragen. In analoger Weise wird der Oberschulbereich untersucht, wobei hier z. B. auch die Erfahrungen des Französischen Gymnasiums einzubeziehen sind. Außerdem wird geprüft, ob diese Modelle auf andere Sprachen übertragen werden können. Bedarfsermittlungen haben ergeben, daß quantitativ gesehen vor allem eine Nachfrage nach Englisch und Französisch, aber auch Russisch vorhanden ist; daneben werden andere, von der quantitativen Nachfrage her „kleinere“ Sprachen in die Prüfungen einbezogen.

In bezug auf Standorte liegen von einigen Bezirken Angebote vor; erste Gespräche mit den Bezirken wurden geführt. Um möglichst vielen Kindern die Chance zu geben, die Staatliche Europaschule Berlin zu besuchen, muß die Standortentscheidung im Hinblick auf eine günstige verkehrsmäßige Anbindung besonders sorgfältig geplant werden. Außerdem muß an diesen Standorten eine Ganztagsbetreuung möglich sein oder geschaffen werden. Die Standortentscheidung hat ferner die derzeit ausgelasteten Kapazitäten in bestehenden Schulgebäuden zu berücksichtigen und daß mit einer hohen Nachfrage innerhalb der nächsten Jahre zu rechnen ist.

Des weiteren wird überprüft, wie weit das Berliner Curriculum zu diesem Zweck zu überarbeiten ist und wie weit für diese Überarbeitung bereits existierende Curricula, z. B. der John-F.-Kennedy-Schule, der „klassischen“ Europäischen Schulen, der Internationalen Schulen u. a. herangezogen werden können.

Bei der zu gründenden Schule soll es sich handeln um eine deutsche staatliche Schule mit Begegnungscharakter. Erreichbare Abschlüsse sollen sein: deutsche mittlere und höhere Abschlüsse (Hochschulzugangsberechtigung) und eventuell weitere europäische Abschlüsse; ab Vorklasse gemeinsamer Unterricht deutscher und nicht deutscher Schüler; die „europäische Dimension“ als übergreifendes Unterrichtsprinzip.

Verkehrssprachen sollen Deutsch und die jeweilige Partnersprache sein. Als Partnersprachen sollen angeboten werden: Englisch, Französisch bzw. Russisch; abhängig von der Nachfrage gegebenenfalls auch Spanisch und andere europäische Sprachen (z. B. Griechisch).

Im Grundschulbereich sind dezentrale Standorte vorgesehen; „bussing“ ist derzeit nicht angedacht. Auch im Oberschulbereich sind mehrere Standorte vorgesehen.

Laut Auftrag des Abgeordnetenhauses ist eine Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe geplant.

Beginn sollte möglichst ab Schuljahr 1992/93 mit der Vorklasse sein, für Klasse 7 eventuell ein zusätzlicher Beginn ab Schuljahr 1993/94. Das zahlenmäßige Verhältnis zwischen deutschsprachigen Kindern und Kindern anderer Muttersprachen sollte (wenn auch nicht dogmatisch) 50 : 50 betragen.

Wir bitten, den Beschluß damit als erledigt anzusehen.

Berlin, den 28. Januar 1992

Der Senat von Berlin

Diepgen  
Regierender Bürgermeister

Jürgen Klemann  
Senator für Schule,  
Berufsbildung und Sport